

# Die Flüchtlingsdebatte – ein Nest falscher Alternativen, verkehrter Fragen und unpassender Antworten

von Suitbert Cechura

*Der nationale Flüchtlingsstreit beherrscht die Öffentlichkeit. Allen Ernstes spricht der CSU-Bundesinnenminister davon, dass die politische Kontroverse um Migration, die er selber an vorderster Stelle angeheizt hat, „die Mutter aller Probleme“ sei. So weit wie er oder Ex-Kollege Sarrazin von der SPD wollen nicht alle gehen, aber dass hier der „gesellschaftliche Zusammenhalt“ einem Härtestest ausgesetzt wird, sieht meist auch die gemäßigte Mitte ein. Dazu ein Kommentar von Suitbert Cechura.*

**D**ie öffentliche Debatte um Flüchtlinge stellt einen immer wieder vor Alternativen, die keine sind: Kaum spricht sich jemand für die Rettung von Flüchtlingen aus, weil er nicht mit ansehen kann, wie Tausende im Mittelmeer ertrinken, wird ihm schon die Frage gestellt, ob er denn dafür sei, dass all diese Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Wer Partei ergreift für die Abschiebung kriminell gewordener Flüchtlinge, wird leicht in die Ecke von Rechtsradikalen gerückt, die Ausländer generell aus Deutschland verbannen wollen. Findet jemand die Internierung von Flüchtlingen schäbig, wird er gleich befragt, ob er es denn gut heiße, wie sich junge Ausländer gegenüber Frauen benehmen. Und so weiter und so fort.

Die Alternativen zeichnen sich meist dadurch aus, dass sie gar keine sind, sondern immer schon die Antwort mitgeben, und auch dadurch, dass sie die Realität nur verzerrt aufnehmen. Wenn es z.B. um die Streitfrage geht, ob die Grenzen offen bleiben oder Kontrollen eingeführt werden sollen, hat man es mit einer Scheinalternative zu tun. Hier wird ausgeblendet, dass beide Positionen Grenzkontrollen wollen, die Alternative betrifft nur den Ort, wo sie stattfinden sollen – an den nationalen oder den EU-Außengrenzen. Die Alternative ist somit eine Frage der Effektivität. Zur Debatte steht, auf welche Weise Flüchtlinge am besten von Deutschland ferngehalten werden können.

## **Nationale Identität contra Überfremdung oder Propagierung einer bunten Republik?**

Früher war das Boot immer voll. Damit wurde zum Ausdruck gebracht, dass es in Deutschland bei einer wie auch immer gearteten Öffnung viel zu viele Ausländer geben würde, jedenfalls mehr als das Land verkraften könnte. Heute ist es offiziell, dass Deutschland Einwanderungsland ist, aber die so genannte Willkommenskultur vom Sommer 2015 wurde in-

zwischen wieder zu  
Grabe getragen.  
Stattdessen überbie-  
ten sich die verschie-

## **... die Parteien überbieten sich darin, wer am entschiedensten abschiebt und die Flüchtlingsflut eindämmt**

denen Parteien darin, wer am entschiedensten abschiebt und die Flüchtlingsflut eindämmt. Mit der Änderung der politischen Intention verändern sich auch die Problemlagen, die dem Bürger nahe gebracht werden. Sicherheit & Kriminalität wird mittlerweile ganz groß geschrieben, außerdem die Flüchtlingsdebatte mit der Religionsfrage vermischt: Gehört der Islam nun zu Deutschland, kommt es mit der Einwanderung nicht zu einer Entfremdung von „unseren“ christlichen Werten? <sup>1</sup> Weil in der Flüchtlingsdebatte alles Mögliche vermischt wird, lohnt es sich einzelne dieser Problemkonstruktionen näher zu beleuchten. Im Folgenden soll dies an der Kontroverse Nationale Identität vs. Multikulti geschehen.

### **Nationale Identität – worin besteht sie?**

Durch die Flüchtlinge sehen manche Deutsche ihre nationale Identität bedroht. Wie diese zu bestimmen ist, lässt sich nicht leicht beantworten. Dabei tun sich sogar Politiker schwer, wie der frühere Innenminister, der im Händeschütteln ein Zeichen deutschen Kulturguts erblicken wollte. Andere führen die deutsche Sprache an. Damit wären dann Österreich und Teile der Schweiz und Belgiens gleich mit ins Reich eingemeindet – was natürlich nicht so gemeint ist (jedenfalls nicht bei „anständigen“ Deutschen). Deutschland sei das Land der Dichter und Denker, wird immer wieder betont. Der Vorstellung tut es keinen Abbruch, dass viele Deutsche ihre Dichter und Denker gar nicht kennen und ein beträchtlicher Teil der Schulabgänger gleich zu den „funktionellen Analphabeten“ gehört.

Auch wenn sich alle schwer tun, das Besondere des Deutschseins zu bestimmen, ist doch spätestens seit der Fußballweltmeisterschaft im eigenen Lande eine beachtliche Masse der Bürger und auch der Bürgerinnen (die sich vorher eigentlich gar nicht so sehr für Fußball interessierten) stolz auf ihre Nation. Sie betonen das auch zu verschiedenen Anlässen durch ihre Kleidung, Fähnchen am Auto oder Fahnen am Haus. Bei unbefangener Betrachtung ist das alles sehr verwunderlich: Worauf sind solche Fans denn stolz? Auf ihre Leistung oder auf die Leistung ihres Staates?

### **Deutschsein ist in der Regel keine eigene Leistung**

Deutschsein ist in der Regel keine eigene Leistung, es sei denn, jemand hat sich einbürgern lassen. Aber Eingebürgerte stehen eher im Verdacht, keine richtigen Deutschen zu sein. Die

---

<sup>1</sup> Zu den Punkten Kriminalität und Religion vgl.: Suitbert Cechura, Migrationspolitik – die „Mutter aller Probleme“, IVA, Texte2018, September 2018, online: <https://www.i-v-a.net/doku.php?id=texts18>.

richtigen „Bio-Deutschen“ sind es von Geburt an. Sie haben es sich nicht ausgesucht, der Geburtsort oder die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern haben für sie entschieden. Somit ist es gar keine eigene Leistung, Deutscher zu sein, und damit auch kein Grund zum Stolz. Wären dieselben Bürger in Frankreich oder Ägypten geboren, wären sie stolz, Franzose oder Ägypter zu sein.

Ein anderer Grund für Nationalstolz könnte sich daraus ergeben, dass jemand stolz ist auf die Leistung des Staates, der international viel vorzuweisen hat und dem man als Staatsbürger angehört: Deutschland war Fußballweltmeister, ist Exportweltmeister, erstklassige Kulturturnation usw. Es stellt sich aber die Frage, was der Einzelne dazu beigetragen und was er selber davon hat. In Sachen Fußballweltmeisterschaft ist dies leicht zu beantworten. Auch wer selber Fußball spielt – zum Gewinn der Weltmeisterschaft hat er nichts beigetragen, was Anlass zu Stolz geben könnte. Es war die Leistung der Mannschaft, die auf dem Platz stand. Dass Deutschland wegen Goethe oder Beethoven geschätzt wird, geht ihn auch nichts an – siehe oben.

Bei der Exportweltmeisterschaft sieht das etwas anders aus. Die meisten Deutschen sind natürlich nicht die Eigentümer von BMW, Mercedes, VW, Schaeffler, Südzucker, Westfleisch usw. Eher arbeiten sie für einen der vielen Betriebe, die ihre hochwertigen Produkte auf dem Weltmarkt erfolgreich verkaufen. Der Erfolg dieser Firmen basiert zwar auch auf ihrer Hightech-Produktion, aber ebenso und vor allem auf einer Produktionsmethode, die darin besteht, dass man mit wenig Kosten möglichst viel herstellt, was sich in der Konkurrenz gegen andere Anbieter vermarkten lässt. In dieser Rechnung kommt der Lebensunterhalt der Mitarbeiter als Kostenposition vor, die gering zu halten ist, während die erbrachte Leistung möglichst hoch ausfallen muss. Zwar gelten die Löhne in Deutschland als hoch, unterschlagen wird dabei aber, was mit ihnen produziert wird: Wenn es um die Lohnkosten pro hergestelltes Stück geht, erweisen sich die in Deutschland beschäftigten Arbeitskräfte als ausgesprochene Billigware. Was bleibt da als Grund, stolz zu sein?

Manche verweisen auch auf die tollen Leistungen des deutschen Staates für seine Bürger – speziell auf die Sozialleistungen. Aber auch da stellt sich die Frage, worin sie denn bestehen. Wenn es um Rente, Arbeitslosengeld oder Krankenversicherung geht, fällt zunächst einmal auf, dass diese Leistungen gar nicht vom Staat finanziert, sondern von den Arbeitnehmern selbst aufgebracht werden. Und wenn darauf verwiesen wird, dass auch Arbeitgeber und Staat an diesen Kosten beteiligt sind, sollte man einmal genauer nachschauen, *wie* sie beteiligt sind. Für die Arbeitgeber ist die Frage schnell beant-

**Manche verweisen auch auf die tollen Leistungen des deutschen Staates für seine Bürger – speziell auf die Sozialleistungen**

wortet: Für sie handelt es sich um einen Lohnbestandteil, den sie zusätzlich zu dem tariflich vereinbarten Lohn zu zahlen haben und den sie als Zusatzbelastung betrachten. In ihrer Kalkulation erscheint er aber als ein Teil des Lohns wie die anderen Lohnbestandteile auch. Es sind Kosten, die sich lohnen sollen und die nur dann entrichtet werden, wenn dabei am Ende ein Gewinn absehbar ist.

Die Leistung des Staates besteht in dem Einsatz seines Rechts, alle abhängig Beschäftigten dazu zu zwingen, für die Wechselfälle ihrer Lohnabhängigkeit vorzusorgen. Sozialversicherungen sind schließlich *Zwang*sversicherungen, bei denen es dem Einzelnen nicht freigestellt ist, sie abzuschließen oder es zu lassen. Vom Lohn oder Gehalt nimmt der Staat allen abhängig Beschäftigten daher gleich an der Quelle einen erheblichen Anteil ihres Einkommens ab, sie kommen so gar nicht erst in die Versuchung, dieses Geld für andere Zwecke zu verwenden. Die Kassen der Sozialversicherungen benutzt der Staat für vielfältige sozialpolitische Aufgaben, wozu er teilweise auch Beträge aus Steuermitteln einsetzt. So gelten Bundeswehrdienste der (ehemals) Wehrpflichtigen, Kindererziehungszeiten usw. als Beitragszeiten für die Rentenversicherung – und keiner fragt danach, was der Staat dafür eingezahlt hat. Dass er überhaupt diese Kassen bezuschusst, gilt schon als soziale Tat. Dabei benutzt er Mittel, deren Quelle ebenfalls auf dem Gehaltszettel erscheint. Neben den Sozialabgaben müssen Arbeitnehmer nämlich auch Steuern zahlen, womit noch mehr vom eigenen Einkommen abgegriffen wird. Ist das ein Grund, stolz zu sein?

Stolz sind manche aber auch einfach darauf, Mitglied einer tollen Gemeinschaft zu sein, eben der Nation. Ein Gefühl, das sich beim Abspielen der Nationalhymne einstellt oder bei anderen Anlässen, z.B. bei internationalen Sportereignissen. Es ist allerdings eine seltsame Gemeinschaft, deren Teil der Einzelne da wird. Gemeinschaftlichkeit mag man auf den Rängen des Stadions erleben, wenn gemeinsam gebrüllt wird. Sobald der Mensch wieder im Alltag anlangt, hat die Gemeinschaftlichkeit ein Ende. Dann sind die einen Geschäftsleute, die anderen Mittellose, die einen Unternehmer, die anderen Arbeitnehmer, die einen Vermieter... Und auch der Bäcker gibt nur dem sein tägliches Brot, der dafür bezahlen kann, sonst bleibt der Hunger ungestillt und das Brot im Schaufenster.

**Stolz sind manche aber auch  
einfach darauf, Mitglied einer  
tollen Gemeinschaft zu sein,  
eben der Nation**

Dass es ganz einfach der Staat ist, der bestimmt, wer Deutscher ist und wer nicht, der Zusammenhalt also ein gesetzlich geregelter und damit ein gewaltsam festgelegter ist, dass dokumentieren am Ende auch noch die Zöllner und Bundespolizisten an den Grenzen und Flughäfen.

## **Bunte Republik**

Von Multi-Kulti will zwar heute niemand mehr reden – das gilt als eine idealistische Vorstellung aus vergangenen Tagen –, aber stattdessen soll die Republik bunt sein, sie soll sich durch die Akzeptanz der Diversität von Menschen auszeichnen. Frauen und Männer, Homos und Lesben, Behinderte und Nichtbehinderte und auch Menschen verschiedener Herkunft und Kulturen sollen dieses bunte Bild ausmachen. Damit wird allerdings ein Bild von Deutschland entworfen, das nicht ganz der Realität entspricht. Betont wird nämlich immer die Toleranz, die dieser Gesellschaft zu Grunde liegen soll – ganz so, als ob es hierzulande unerheblich wäre, ob man behindert ist oder nicht, ob man Ali oder Kevin heißt, ob man an den Dreifaltigen oder Allah glaubt. Wer sich bewirbt oder eine Wohnung sucht, wird schnell feststellen, was dieser Maßstab der Buntheit wert ist.

**Wer sich bewirbt oder eine Wohnung sucht, wird schnell feststellen, was dieser Maßstab der Buntheit wert ist**

Mit dem bunten Bild der Republik soll auch nicht gesagt sein, dass sie all den in ihrer Verschiedenheit anerkannten Personen unterschiedslos ein gutes Leben einrichtet. Alle sollen vielmehr ganz „inklusiv“ teilhaben am gesellschaftlichen Leben, nämlich an der Konkurrenz um Geld und Karriere und damit um all die anderen Dinge, die man sich leisten kann. D.h., alle dürfen, also müssen sich in diesem harten Wettbewerb um Lebenschancen (mehr als Chancengleichheit wird nicht versprochen) bewähren. Das schließt natürlich ein, dass nicht alle es bis zur Spitze, bis zu den Gewinnerpositionen, schaffen, die Mehrzahl sich vielmehr auf der Verliererseite wiederfindet.

In dem schön gezeichneten Bild von Deutschland hatte auch die Willkommenskultur ihren Platz. Sie war das Motto, unter dem Bürgerengagement abgerufen und ermuntert wurde – ein Engagement, das sich der Hetze und den Anschlägen von Rechtsradikalen gegen Flüchtlinge und auf ihre Unterkünfte entgegenstellte und das ein positives Deutschlandbild in der Öffentlichkeit zeichnen wollte. Es war von Beginn an ein Zerrbild. Denn Deutschland heißt nicht die Notleidenden und Verfolgten willkommen. Flüchtlinge sollen von vornherein durch das Dublin-Abkommen ferngehalten werden. Sie wurden auch damals gleich in Wirtschaftsflüchtlinge unterteilt, die zurückgeschickt werden sollten, und politisch Verfolgte oder Kriegs-

**Willkommenskultur war das Motto, unter dem Bürgerengagement abgerufen und ermuntert wurde**

flüchtlinge aus den richtigen Ländern, denen ein irgendwie geartetes Bleiberecht zugestanden wurde. Ein Zerrbild war das Motto auch deshalb, weil die Unterkünfte und die Behandlung durch die Behörden eher einer Schikane glichen als einer freundlichen Aufnahme in einem Gastland.

Das hat die damalige Ansage bewirkt: Unter dem Motto der bunten Republik sehen sich Bürger herausgefordert, dem negativen Bild des ausländerfeindlichen, rechtsradikalen Deutschen etwas entgegensetzen, unterstützt von Teilen der Presse und der Politik. Die Kanzlerin wurde zum Aushängeschild dieses Mottos, als sie entschied, die Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen. Dabei war von Anfang an klar, dass nicht alle bleiben konnten. Gelegentlich war man mal großzügig, um klarzustellen, dass das deutsche Kontrollwesen ebenso bei erhöhtem Flüchtlingsaufkommen funktioniert (was später, siehe den angeblichen Bremer BAMF-Skandal, zu einem einzigen Verbrechen hochstilisiert wurde). Dass auch weiter in erheblichem Umfang abgeschoben werden sollte, daran ließ die Kanzlerin keinen Zweifel. Dennoch wurde sie von vielen Seiten für ihre Humanität gelobt.

Dagegen ist festzuhalten: Die Öffnung der Grenzen war kein humanitärer Akt, sondern eine politische Aktion. Längst hatten Länder wie Griechenland und Italien es nicht mehr hingegenommen, dass sie die Last der Flüchtlinge für die EU tragen sollten, weil bei ihnen die Flüchtlinge angeschwemmt oder aber von europäischen Frontex-Schiffen abgeladen wurden. Sie winkten die Flüchtlinge durch – und ein einfaches Zurückschieben, wie mit Dublin vereinbart, funktionierte nach maßgeblicher Meinung der europäischen Führungsmacht nicht mehr. Zum einen, weil Gerichte wegen der Zustände in Griechenland und Italien eine Rückführung untersagten, zum anderen, weil diese Länder eine Rücknahme verweigerten. Mit ihrer Aktion der Öffnung der Grenzen machte Merkel Deutschland gleich in mehrfacher Hinsicht zu einer betroffenen Nation:

### **Die Öffnung der Grenzen war kein humanitärer Akt, sondern eine politische Aktion**

Betroffen war Deutschland vom Nichtfunktionieren der Dublin-Vereinbarung, weil es von Flüchtlingen überschwemmt wurde – so die offizielle Diagnose. Die Lage wurde mit den Flüchtlingsbildern in den Medien unterstrichen. Aus dieser Betroffenheit machte Merkel ein Recht auf Mitzuständigkeit Deutschlands für die EU-Außengrenzen und griff damit die Hoheit und Souveränität der Randstaaten an, selber über ihre Grenzen und die Ein- und Ausreise zu bestimmen. Obwohl Deutschland mit dem Dublin-Abkommen alles andere als Solidarität mit den von Flüchtlingen betroffenen Ländern gezeigt hatte, wurde Merkel mit der Forderung nach europäischer Solidarität bei der Verteilung von Flüchtlingen nicht als

Heuchlerin ausgelacht. Die Forderung wurde von den anderen Staatsführern der EU vielmehr als das genommen, was sie war, als Angriff auf ihre Souveränität und als Anspruch Deutschlands zur Einfluss-

nahme auf ihre Politik. Dem stemmten sich besonders die Staaten entgegen, die froh über ihre neue Souveränität nach Auflösung des Warschauer Paktes waren, allen voran Ungarn. Ihm wurde sofort der Vorwurf der Abschottungspolitik gemacht, dabei betreibt die EU insgesamt nichts anderes als Abschottung gegenüber den Flüchtlingen. Doch dass Ungarn dies in eigener Regie und in eigener Hoheit durchführen wollte, wurde zur Zielscheibe der Kritik. Ihr Sinnbild war der Zaun, den Ungarn zur Abwehr von Flüchtlingen errichtete.

Wie kritisch die deutsche Presse ist, kann man diesem Beispiel entnehmen. Sie stimmte in die Kritik an Orban ein und niemandem wollte auffallen, dass es bereits eine Vielzahl von Zäunen an den Grenzen der EU gibt, sei es die riesigen, überdimensionalen und mit scharfem Draht bewehrten Doppelzäune in den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla oder die Zäune zwischen Griechenland und der Türkei. Auch die Vereinbarung von Merkel mit der Türkei über die Rückführung von Flüchtlingen wurde nicht als Ausdruck dieser Abschottungspolitik genommen. Sie schadete ihrem Image als Chefin der Willkommenskultur nicht wirklich – Misstrauen kam eher in der Frage auf, ob sie nicht vor den Türken unnötig gekuscht habe.

Betroffen hat sich Deutschland aber auch noch in anderer Weise gezeigt, nämlich im Blick auf die Kriege und die konfliktreiche Situation im Nahen Osten. Viele Flüchtlinge strömten ja aus dieser Region nach Europa. Aus dieser Betroffenheit resultierte für die deutsche Politik ein weiterer Anspruch, nämlich der auf Mitzuständigkeit bei der Regelung der Ordnung im Nahen Osten und in Afrika. Unterstrichen wurde dieser Anspruch durch die militärische Präsenz, die Deutschland nicht nur im Mittelmeer, vor der libanesischen Küste zeigt, sondern auch im Kurdengebiet des Irak und durch die Militäreinsätze in Afrika. So trägt sich der imperiale Anspruch Deutschlands wieder einmal als ein Akt purer Mitmenschlichkeit vor...

### **Aufgeklärte Bürger gegen rechts**

Aufgeklärte Bürger, die gegen Pegida und andere Formationen antreten, sorgen sich um das Bild Deutschlands in der Öffentlichkeit und bestreiten den Demonstranten, für das deutsche Volk zu sprechen. Sie treten dagegen als die wahren Vertreter des Volkes an. Als Aufstand der Anständigen stellen sie die Kritiker von Pegida, AfD etc. ins moralische Abseits. Ihre

### **... die EU betreibt insgesamt nichts anderes als Abschottung gegenüber den Flüchtlingen**

Kritik richtet sich dabei nicht gegen die Sichtweise der rechten Nationalisten – die Aufgaben von Wirtschaft, Staat und wahrer Volksgemeinschaft betreffend –, sondern sie fechten deren Berechtigung an, für das Volk zu sprechen. Dazu dient ihnen das demokratische Argument der Mehrheit. So will man zeigen, dass Deutschland in Wirklichkeit ein weltoffenes und tolerantes Land ist. Was es mit der Weltoffenheit auf sich hat, wurde bereits an einigen Punkten erläutert. Und beim Zugang von Ausländern ins Inland überhaupt ist ja auch die Lage klar: Der Maßstab dafür, ob ein Mensch sich in Deutschland aufhalten darf oder nicht, ist keineswegs das Tolerieren von Andersartigkeit oder ein humanitärer Gedanke. Vielmehr zählt die Brauchbarkeit für die Nation – sei es politisch als Asylant, somit als lebender Beweis für die Unrechtmäßigkeit anderer Regime, sei es als Käufer, Investor oder Arbeitskraft, die Nutzen für die deutsche Wirtschaft bringen.

Mit dem Mehrheitsargument grenzen Anhänger der bunten Republik rechte Nationalisten aus dem Kreis der anständigen Deutschen aus. Es wird davor gewarnt, dass sich Bürger mit „Extremisten“ einlassen – was eher auf Denunziation hinausläuft –, dass sie so dem Ansehen Deutschlands oder dem Status einer Exportnation schaden. Mit diesem Kampf gegen rechts werden die Adressaten als Extremisten in die Ecke gestellt. Das treibt sie eher in die Arme der Rechten, als dass sie einen Grund geliefert bekämen, sich von diesen zu distanzieren. Das Mehrheitsargument steht dabei auf ganz wackeligen Füßen. Vielleicht gelingt es den Anhängern von Pegida und AfD bald, in Landtagen oder auf der Straße die Mehrheit zu erlangen? Haben sie dann etwa recht und sprechen berechtigter Weise für das Volk? Also kommt man um eine Kritik des Nationalismus – unabhängig davon, ob er sich devot, gemäßigt oder aggressiv vorträgt – nicht herum!

**Mit dem Mehrheitsargument  
grenzen Anhänger der bunten  
Republik rechte Nationalisten  
aus dem Kreis der anständigen  
Deutschen aus**



**Über den Autor**

Dr. Suitbert Cechura, Bochum, Hochschullehrer und Sachbuchautor, letzte Veröffentlichungen „Unsere Gesellschaft macht krank – Die Leiden der Zivilisation und das Geschäft mit der Gesundheit“ (2018), „Inklusion: Die Gleichbehandlung Ungleicher – Kritische Anmerkungen zur aktuellen Inklusionsdebatte“ (2015)

**Kontakt:**

[www.suitbertcechura.com](http://www.suitbertcechura.com)

---

**AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag**  
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht  
[www.magazin-auswege.de](http://www.magazin-auswege.de)  
[antwort.auswege@gmail.com](mailto:antwort.auswege@gmail.com)